



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

ZUSTANDEKOMMEN DES EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHRENS IN DER ZIELGERADEN

Auf zum „letzten Rennen“ um die Unterstützungs-Erklärungen!

Nach zahlreichen Informations-Reisen in alle Bundesländer und vielen Aktionstagen auf belebten Hauptplätzen zur Verbreitung des Volksbegehrens liegen den Betreibern, vier unabhängigen Bürgerinitiativen, derzeit (Stand September 2011) **über siebentausend** behördlich bestätigte Unterstützungs-Erklärungen für das EU-Austritts-Volksbegehren vor. Bis Ende November benötigen wir weitere rund zweitausend U-Erklärungen zur Einreichung beim Innenministerium, damit es im Frühjahr 2012 das eigentliche Volksbegehren geben kann, die sogenannte öffentliche Eintragungswoche.

Um diese zustande zu bringen, haben die allesamt **ehrenamtlichen** Aktivisten bei den Info-Ständen (fast) jedes Wetter ertragen; von wochenlanger, sengender Hitze zu Sommeranfang im Süden Österreichs bis hin zu Sturm- und Schauer Tagen im Raum Wien. Aber ebenso wie die Bauern und alle Arbeiter, die „bei Wind und Wetter“ Tag für Tag im Freien tätig sein müssen, geht es eben auch uns, die wir für Freiheit und Selbstbestimmung viele Opfer bringen. Ein solches Ziel zu erreichen, ist ein langer und mühsamer Weg, der alles andere als „bequem“ ist!

Bei den vielen Info-Stand-Kundgebungen der nächsten Monate werden auch dabei anwesende **Notare** allen Bürgern, die einen amtlichen Lichtbildausweis bei sich haben, zur unmittelbaren Unterschrift direkt beim Info-Stand zur Verfügung stehen. Die **beträchtlichen Kosten** für diese sehr zeitaufwendige Tätigkeit müssen von den Organisatoren getra-

gen werden – für Bürgerinitiativen eine enorme finanzielle Hürde! **DANKE allen Lesern**, die dies bisher durch ihre, z. T. großen Kostenbeiträge ermöglicht haben. Bitte helfen Sie bei der Aufbringung der Notarkosten (weiter) im dafür nötigen Ausmaß mit! Nur dadurch kann das Volksbegehren „einreichungsfähig“ gemacht werden. Bis Ende November müssen wir nur für die Notarkosten mit **weiteren rund 21.000,- Euro** (289.000,- ÖS) rechnen.

Wer von den WEGWARTE-Lesern das Volksbegehren bis jetzt **noch nicht** unterschrieben hat, hat nun bis Ende November die letzte Möglichkeit dazu, dies noch in der Einleitungsphase zu tun und damit zu den **Pionieren des EU-Austritts** zu gehören. Alle behördlich bestätigten Unterstützungs-Erklärer zählen dann beim eigentlichen Volksbegehren im Frühjahr 2012 bereits mit und brauchen nicht nochmals unterschreiben zu gehen. Wir sind überzeugt davon, daß es eines Tages noch **eine Ehre** sein wird, zu jenen Mutigen zu gehören, die **nachweislich** Widerstand geleistet haben gegen ein sich immer mehr zur Diktatur entwickelndes System, das Demokratie nur vortäuscht. Siehe dazu auf Seite 7 den Leserbrief eines Zeitzeugen der DDR, der Deutschen „Demokratischen Republik“

unter dem Diktat der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit ihrem Stasi-Spitzel-Unwesen, das die gesamte Gesellschaft durchdrang samt Foltergefängnissen für Andersdenkende, den Todesstreifen, Selbstschußapparaten

Fortsetzung auf Seite 4

Unterschriftsmöglichkeit nur mehr bis Ende November!

Bitte mit dem Formular auf Seite „3“ und einem amtlichen Lichtbildausweis rechtzeitig in Ihrem Hauptwohnsitz-Ort vor dem Beamten (ist so vorgeschrieben) unterschreiben. Am Land sind die jeweiligen Gemeindeämter dafür zuständig, in den großen Städten das Magistrat/Rathaus. In **Wien** kann in jedem magistratischen Bezirksamt, nicht nur im „eigenen“, sowie in der MA-62 (Lerchenfelderstraße 4) unterschrieben werden, in **Graz** im Amtshaus in der Schmiedgasse sowie in den Bezirksämtern, in **Linz** im Neuen Rathaus und in allen Stadtbibliotheken.

Island sagt Nein zur Schuldenabwälzung auf seine Steuerzahler

Seite 2

EU-Austritts-Kampagne in England

Seite 4

Über 14.000 gerettete Kinder sagen DANKE!

ab Seite 5

Schuldenabwälzung auf Steuerzahler – nicht mit den Isländern!

Unter diesem Titel erschien in der Schweizer Wochenzeitschrift „Zeit-Fragen“ am 2.8.2011 nachstehender Artikel, der für EU-Austritts-Befürworter sehr interessant ist.

In Nicht-EU-Ländern können eben auch Volksabstimmungen gegen die Politik der EU zustandekommen, wenn genügend Bürger (in Island waren es 29 Prozent der Gesamtbevölkerung) dafür auch nachweislich unterschreiben gehen.

Der Umgang der Regierungen und der Völker Europas mit den Auswirkungen der Finanzkrise ist **nicht «alternativlos»**. Ein EU-Land wie **Irland** hat – am Volk vorbei – die Spekulationsschulden seiner großen Finanzinstitute mit Steuergeldern übernommen und ist dadurch in eine Staatsschuldenkrise getrudelt. Dann wurde es von der EU genötigt, sich in einen als «Rettungsschirm» bezeichneten politischen und finanzwirtschaftlichen Käfig zu begeben. **Island**, das nicht in der EU ist, ist einen anderen Weg gegangen.

Infolge der Finanzwirtschaftskrise von 2008 waren auch die drei isländischen Banken Kaupthing, Glitnir und Landsbanki in den Sog des amerikanischen Finanzdebakels geraten. Jahrelang hatten sie sich – von Analysten und Wirtschaftspolitikern hochgelobt – an den unsäglichen Finanzspekulationen beteiligt und erreichten so ein immenses Umsatz-/Spekulationsvolumen. Und dies – wie bisher üblich – mit geringsten Eigenmitteln. Innerhalb weniger Tage waren die drei Banken zahlungsunfähig. Ihre Konkurse wurden zu den siebt-, neunt- und zehntgrößten der Welt. Zusammen kamen sie auf 100 Milliarden Isländische Kronen Schulden, eine Summe, die achtmal so hoch ist wie das Bruttoinlandsprodukt der **311 000 Isländer**. Die Regierung sah keinen anderen Ausweg, als die drei Banken zu verstaatlichen, um so wenigstens den Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten. Jedoch sah man sich außerstande, auch die horrenden Schulden der Banken zu übernehmen. Zahlreiche mittelständische Unternehmen gerieten ebenfalls in Konkurs, die Arbeitslosigkeit vervierfachte sich auf über 8 Prozent.

Von einem Regierungswechsel und einem baldigen Beitritt zur EU versprechen sich die Isländer einen Ausweg aus dieser Misere. Zum Glück halfen die **Nachbarländer** Norwegen und

Schweden mit langfristigen Krediten. Auch die Unterstützung des IWF wurde notgedrungen in Anspruch genommen. Außerstande sah sich zunächst auch die neue sozialdemokratische Regierung, weiterhin für die Schulden der drei überdimensionierten Banken einzustehen. In der Folge übten europäische Spekulanten – vor allem aus Großbritannien und den Niederlanden – Druck aus. Jahrelang hatten sie vor allem über die Internet-Bank der privaten Landsbanki «Ice-save» hohe Spekulationszinsen abgeschöpft, nun wollten sie nicht einsehen, daß sie die Folgen für ihre Spekulationen auch selber tragen müßten. In Großbritannien und den Niederlanden verfügten sie über so viel Einfluß, daß beide Staaten ihnen ihre Spekulationsanlagen zurückzahlten und diese nun vom isländischen Staat zurückverlangten. Wenn Island diese Spekulationsgelder in Höhe von insgesamt 3,8 Milliarden Euro nicht zurückzahlte, wollten sie verhindern, daß Island in die EU aufgenommen wird. Großbritannien griff gar zu den **Antiterrorgesetzen** und drohte, über diesen Weg den internationalen Zahlungsverkehr Islands zu blockieren und isländische Guthaben zu beschlagnahmen. Die isländische Regierung und das Parlament gaben nach und wollten das Geld zurückzahlen.

Dies hätte **für jeden Isländer bedeutet**, daß er zusätzlich zu dem großen Staatsschuldenberg seines Landes für die Spekulationsgeschäfte privater isländischer Banken umgerechnet **18 000 Euro** an Schulden sowie entsprechend anfallende Zinsen zu zahlen hätte. Die 3,8 Milliarden Euro entsprechen etwa 40 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts und übersteigen den kompletten Staatshaushalt Islands. **90 000 Isländer reichten hiergegen eine Petition ein und verlangten mit Erfolg eine Volksabstimmung über diese Frage**. Die Übernahme der ausländischen Spekulationsschulden wurde dabei im März 2010 von den Bürgern Islands mit einem wuchtigen **«Nein» von 93 Prozent** abgelehnt.

Nun gaben Großbritannien und die Niederlande ein wenig nach, kamen Islands Regierung entgegen, streckten die Zahlungsfristen bis 2046 und senkten die Zinsen auf 3,2 Prozent. Trotz der Volksabstimmung gaben die isländische Regierung und das Parlament erneut nach und stimmten diesem Angebot zu

– immer noch in der Absicht, der EU beitreten zu wollen.

Die Stimmung in Island brodelte, namhafte Persönlichkeiten lehnten diese Perspektive trotz aller Drohungen der sozialdemokratischen Regierung mit der Gefahr eines wirtschaftlichen und sozialen Chaos ab. «Wir können es uns nicht leisten, **unsere Ressourcen wie Fischbestände und Thermalenergie** in den Rachen des internationalen Kapitals zu werfen», protestierte etwa der Schriftsteller Einar Már Guðmundsson gegen das scheinbar ausweglose Vorgehen der Regierung. Völlig unerwartet überraschte Präsident Ólafur Ragnar Grímsson die Regierung am 5. Januar 2011 damit, daß er sich weigerte, das neue von Regierung und Parlament beschlossene Schuldenübernahmegesetz zu ratifizieren. Er forderte statt dessen erneut eine Volksabstimmung, die auch im April 2011 stattfand. Die Perspektive, unter EU-Diktat die volkseigene Energiewirtschaft und die Fischerei verkaufen zu müssen, fand trotz aller Versprechungen und Drohungen keinen Anklang bei der Bevölkerung – **60 Prozent der Isländer wiederholten ihr «Nein» zur Übernahme von Spekulationsschulden**.

Großbritannien und die Niederlande blieben bei ihrer Kumpanei mit den Spekulanten und drohen nun, Island vor dem Efta-Gericht einzuklagen. Der Prozess ist offen. Bisher konnten keine Belege, die den Spekulanten staatliche Garantien für ihre Geschäfte zugesichert hätten, vorgelegt werden.

Dem isländischen Volk geht es langsam wirtschaftlich besser, die Arbeitslosigkeit sinkt, das Fischereigeschäft und der Tourismus boomen wieder. Das Abfallen der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts auf den Tiefpunkt von minus 7 Prozent im Jahre 2010 konnte gebremst werden. Die Inflationsrate ist von ihrem Anstieg auf 19 Prozent im Jahre 2009 auf 1,9 Prozent im vergangenen Februar gefallen. Auch die Industrieproduktion ist im vergangenen Jahr um ungefähr 9 Prozent wieder angestiegen. Ökonomen sprechen bereits von dem **isländischen «Nachkrisen-Wunder»**. Ein Grund dafür ist auch: Island hat die **Hoheit über seine Währung**.

**Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.**

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

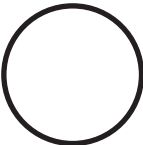
Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	[Allfällige Kurzbezeichnung]	
AUSTRITT aus der Europäischen Union		
EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN		
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungs- willigen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen	
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift		Eigenhändige Unterschrift

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindegel	Unterschrift	
			

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)

Fortsetzung von Seite 1

und unmenschlichen Trennmauern für Fluchtwillige an der innerdeutschen Grenze.

Von ihrer persönlichen Unterstützungs-Erklärung in der noch wenige Monate laufenden Einleitungsphase des EU-Austritts-Volksbegehrens können Sie sich eine Kopie auch **für Ihre Nachkommen** aufbewahren, bei der Unterschrift unter das eigentliche Volksbegehren in der Eintragungswoche im Frühjahr 2012 ist das dann nicht mehr möglich, weil diese Eintragungslisten nur bei den Behörden verbleiben.

Alle Unterscriber von Volksbegehren, die sich gegen die bestehenden, ungerechten Herrschaftsverhältnisse aussprechen, sind „**Revolutionäre**“, die **mit friedlichen Mitteln** für Veränderungen eintreten ohne jedes Blutvergießen. Ein gutes Beispiel dafür aus jüngster Zeit war die völlig friedlich verlaufende Trennung des von den Siegermächten diktierten Kunst-Staates „Tschechoslowakei“ in die jetzigen Staaten **Tschechien** und **Slowakei**.

Beide sind kleiner als Österreich und wollten trotzdem selbständig sein und sind dies auch geworden. Das Mittel dazu waren Volksabstimmungen und dieses zutiefst demokratische Mittel verlangen wir auch als Grundlage des Austritts aus der EU.

Natürlich kann auch die Wiedergewinnung der Selbständigkeit und Neutralität **Österreichs** nur im Wege einer für die Regierung verbindlichen **Volks-ABSTIMMUNG** erfolgen; das EU-Austritts-Volksbegehren kann – bei entsprechender Beteiligung – der Wegbereiter dazu werden!

*Inge Rauscher,
Obfrau der IHU*

Große EU-Austrittskampagne in England

Eine der größten britischen Tageszeitungen, der "Daily Express", spricht sich in einer groß aufgemachten Artikel-Serie für den Austritt Großbritanniens aus der EU aus. Die durch Monate hindurch geführte Kampagne trägt den Titel **"Why we must break free from the EU dictatorship"** (Warum wir uns aus der Eu-Diktatur befreien müssen). Die Artikelserie war verknüpft mit einer Unterschriften-Aktion mit dem Aufruf "Get us out of the EU" (Wir wollen heraus aus der EU). In England ist die EU-Austritts-Bewegung also bereits in eindrucksvoller Weise von einem Massenmedium aufgegriffen worden. Warum hat keine einzige österreichische Zeitung darüber berichtet?!

Für uns ist dabei besonders interessant, daß die **Argumente**, die die Redakteure des "Daily Express" für den Austritt aus der Eu in **großen Schlagzeilen** und umfangreichen Begründungen dafür anführen,

weitgehend deckungsgleich sind mit denen, die wir hier in Österreich auch vertreten. Die Schlagzeilen in England lauten z.B.(übersetzt): "Brüssel ist ein finanzielles Desaster", Die europ. Einheit hat sich als falscher Traum herausgestellt", "Wir wurden alle von Anfang an nur irregeleitet", "Natürlich können wir außerhalb der EU prosperieren", "Es ist Zeit für eine Volksabstimmung über unser Schicksal", "Dieses Land sollte jetzt die Initiative ergreifen", "Ein überwältigendes Echo" (auf die Unterschriftenaktion für den EU-Austritt), "Der Raum für Korruption ist nahezu unbegrenzt" usw. usw.

Die gesamte Kampagne kann im Internet eingesehen werden.

Auch in anderen, selbst großen EU-Ländern kommen also viele Menschen zur gleichen Schlußfolgerung wie wir hier in Österreich:



DIE UNION ZERSTÖRT EUROPA!

Stattdessen

FREIE BÜRGER FÜR FREIE, SELBSTBESTIMMTE STAATEN!

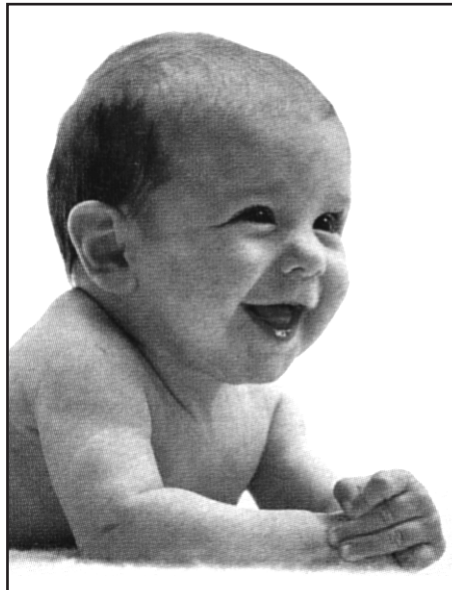
www.eu-austritts-volksbegehren.at

Über 14.000 gerettete Kinder sagen DANKE!

Das ist das berührende Ergebnis der 13-jährigen Arbeit der Organisation „**Ja zum LEBEN/HLI** (Human Life International) in Österreich. 1997 eröffnete HLI die erste „Hilfsstelle für Mütter in Not“ im 1. Wiener Gemeindebezirk; bald folgten weitere im 2. Bezirk von Wien, in Graz, Salzburg, Grieskirchen/OÖ. und in Hohenems/Vlbg. Durch Beratung und konkrete Hilfe z.B. vorübergehende betreute Wohnmöglichkeit für Mütter mit Neugeborenen – konnten über 14.000 Mütter in Not, die bereits unterwegs zur Abtreibung waren, zu einem JA zum Leben ihres Kindes bewogen werden. Es gibt zahlreiche persönliche Zeugnisse dieser Mütter und Familien, wie glücklich sie „nachher“ darüber waren, neues Leben geschenkt zu haben!

Jede menschliche Zivilisation würde ganz einfach aussterben, würden alle Menschen das Recht auf die Geburt ihrer Nachkommen leugnen. Die Schöpfung neuen Lebens, die jeder Zeugung zugrundeliegt, ist das **größte und geheimnisvollste Wunder** auf dieser Welt. Von den „Machern“ unserer Zeit, die die Lebensweise der „breiten Masse“ über tausend Kanäle tagtäglich beeinflussen, wird dieses WUNDER seit Jahrzehnten mit Füßen getreten. Viele Politiker und Journalisten, die so vehement für die Abtreibung eintreten, stellen sich nie der Tatsache, daß sie selbst gar nicht am Leben wären, hätten ihre Mütter und Väter genauso gedacht... Sie plädieren in Wahrheit für die Abschaffung des wichtigsten Menschenrechts überhaupt, nämlich des Rechts auf Leben!

Die so entstehende lebensfeindliche Grundstimmung in den „westlichen“ Gesellschaften sorgt sogar für massive **Verfolgungsmaßnahmen** gegen Lebensschützer. Vier Lebensschützer wurden vor kurzem vom Landesgericht Graz wegen ihrer



*Dieses gerettete Kind dürfte es nach dem Willen der Abtreibungsbefürworter nicht geben. In Österreich soll laut seriösen Schätzungen jedes dritte „Kind“ das Licht der Welt **nicht** erblicken dürfen – europaweit sind es jährlich Millionen. Nur ein verschwindender Bruchteil davon fallen einer wirklichen (verständlichen) sozialen Notlage zum Opfer – 99 Prozent dieser „Kinder“ wären **völlig gesund** gewesen.*

Tätigkeit **strafrechtlich verurteilt**. Der Leiter von HLI-Österreich, Mag. Dietmar Fischer, wurde zu einer Strafe von 7.200,- Euro bzw. zu 90 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er dem „Lebenszentrum“ in Graz Hilfsfolder (Zeitung Ja zum Leben), Baby-Modelle und Rosenkränze zur Verfügung gestellt und die (polizeilich genehmigten) Gebets-Vigilien in Graz organisiert hat.

Der Gerichtsakt wurde über neun Monate lang im **Justiz-Ministerium** beraten, aber die Verteidiger der Angeklagten durften weder in die Ministeriums-Akte noch in die Besprechungsprotokolle der Oberstaatsanwaltschaft Graz Einsicht nehmen, was dem § 6 der Europäischen Menschenrechts-Konvention widerspricht (Gleichheit der Waffen zur Verteidigung). Mit dem

Urteil, gegen das Berufung eingelegt wurde, soll offenbar ein **Präzedenzfall** geschaffen werden, um die Lebensschützer endlich von der Straße wegzubekommen, wo sie mit Gebeten und konkreten Hilfsangeboten an die Frauen von Jenen angesprochen werden können, die dies auch selbst möchten.

Wie der Ausgabe Nr. 49/2011 der Zeitschrift „Ja zum Leben“ zu entnehmen, wurden am 25.7.2011 beim „**Lebenszentrum in Salzburg**“ 5 große und 2 kleine Scheiben von verummten Linksradikalen Tätern mit Pflastersteinen eingeschlagen; der Sachschaden beträgt rund 10.000,- Euro.

Am 27.7.2011 forderte Frauenministerin Heinisch-Hosek in der Zib 2 die Einführung von **Bannmeilen** bzw. die **Beschränkung der Versammlungs-Freiheit** zugunsten der Abtreiber.

Näheres kann dem Internet unter www.hli.at sowie www.hli.org entnommen werden, die Zeitschrift „Ja zum Leben“ kann angefordert werden unter der Adresse:

1020 Wien, Große Sperlgasse 33/EG, Tel. 01-218 20 33,
E-mail: dietmar.fischer@hli.at.

Seit vielen Jahren hat kein österreichischer Politiker **öffentlich** über das Thema Abtreibung gesprochen. Der erste, der dies vor kurzem wagte, wurde wenige Tage danach „auf Druck der Medien“ von seiner Parteiführung aus dieser ausgeschlossen, und aus deren Parlamentsklub „entfernt“, und ist nunmehr fraktionsloser Abgeordneter. Der Grund für den Ausschluß war der im Original-Wortlaut im umseitig abgebildeten Kasten ungekürzt abgedruckte **Kommentar** im Internet vom 26.7.2011. Wir bringen diesen unseren Lesern zur Kenntnis, damit Sie sich Ihr eigenes Urteil bilden können.

Mit dem Parteiausschluß „auf Druck der Medien“ aufgrund dieses Textes sollte ein **Exempel statuiert** werden, daß nur ja niemand es je wieder wagen würde, über die Abtreibung und ihre Folgen öffentlich nachzudenken. Dabei wäre das eine der Voraussetzungen für eine Gesellschaft, die sich an Humanität und **Menschenwürde** orientiert.

Denn bei den hohen Abtreibungszahlen gerade in den – im weltweiten Maßstab gesehen – Wohlstandsländern werden weitere damit zusammenhängende Fragen aus der öffentlichen Berichterstattung und Diskussion völlig ausgeklammert. Warum gibt es keine Aufzeichnungspflicht der Spitäler und Abtreibungskliniken für abgetriebene Kinder? Was geschieht überhaupt mit ihnen? Es muß angenommen werden, daß dieser **„Babymüll“** in Verbrennungsanlagen „entsorgt“ wird...

Durch Jahrtausende hindurch war für alle angehenden Ärzte beim Abschluß ihres Studiums der **„Eid des Hippokrates“** die allseits anerkannte ethische Richtschnur ihrer Berufsausübung. Dieser enthielt ein völlig eindeutig formuliertes **Verbot** der „Vernichtung keimenden Lebens“ für alle Ärzte. Erst seit 1873 ist der „hippokratische Eid“ keine Voraussetzung mehr für die Zulassung zum Arztberuf (der ja Leben retten soll), seit rund 10 Jahren muß von den angehenden Ärzten überhaupt kein Eid mit einer ethischen Verpflichtung mehr abgelegt werden!

„Nachhaltigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ beinhalten jenseits aller ideologischen Scheuklappen naturgemäß auch die Verantwortung für das Leben unserer Nachkommen. Was allen

„Was auch daraus werde, steh zu deinem Volk!“

schrrieb Friedrich Schiller in seinem Freiheitsepos „Wilhelm Tell“. Und wer sein Volk liebt und zu ihm steht, der wird auch niemals auf die Idee kommen, auf sein Volk zu schießen. Das ist die Einstellung eines wirklich nationalen Menschen, dem sein Volk näher steht als alle anderen. Das Schlimme in der Welt sind die verschiedenen **„ismen“**, welche Menschen oft zu Millionen vereinnahmen und verführen. Vom Faschismus, Nazismus, Rechtsextremismus, über religiösen Fanatismus jeglicher Spielart, bis hin zu Kommunismus, Marxismus-Leninismus, Trotzismus, Sozialismus oder Linksextremismus. Man sollte daher national und sozial eingestellte Menschen nicht in einen Topf werfen mit den Anhängern totalitärer „ismen“! Aber gerade das versuchen Linksmedien in ganz Europa angesichts des **unfaßbaren Verbrechens** von Oslo. Es ist jedoch perfide, die Opfer dieser **wahnsinnigen Bluttat** für politische Zwecke zu instrumentalisieren!

Im Angesicht dieser schrecklichen Ereignisse in Norwegen sollte man in ganz Europa einmal tiefgehender über den **Wert des menschlichen Lebens** nachdenken. Auch darüber, daß in Europa jedes Jahr Millionen ungeborener Kinder schon im Mutterleib getötet werden. Dieser millionenfache Kindesmord scheint für uns und unsere Gesell-

schaft schon zum täglichen Alltag zu gehören. Man weiß es, aber man spricht nicht mehr darüber. Die veröffentlichte Meinung hat auch in Österreich die Fristenlösung **zum Tabu erklärt**. Wer daran rüttelt, wird zur gesellschaftlichen persona non grata erklärt.

Dennoch kann es in einer sich demokratisch nennenden Republik nicht verboten sein, darüber zu reden und dieses Problem in seiner ganzen Tragweite – auch für die Mütter – zu diskutieren. Dazu sind auch die Sozialdemokraten eingeladen, vor allem auch, um den primitiven Slogan „mein Bauch gehört mir“ einmal zu überdenken. Es geht hier nämlich in erster Linie nicht um das Eigentum am Bauch, sondern um den Wert seines Inhalts, nämlich des menschlichen Lebens. Und hier schließt sich der Kreis. Der Wert menschlichen Lebens ist unteilbar, ob geboren oder ungeboren. Die jugendlichen Opfer von Oslo werden von uns **zu Recht beweint**. Nicht minder sollte das auch für die Millionen ungeborener Opfer in ganz Europa gelten. Requiescat in pacem (RIP).

DDr. Werner Königshofer,
26.7.2011

Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat (damals noch der Freiheitlichen Partei).

<http://www.koenigstiger.at/tigerkommentare.php>

Tieren und Pflanzen auf dieser Erde der größte Lebensantrieb ist, nämlich die Fortpflanzung, wird von den Mächtigen unserer Zeit bis hin zu zahlreichen NGO's, die auf deren Strategien hereinfallen, als für den Menschen „verabscheuungswürdig“ hingestellt. Wer sich dafür einsetzt, wird als „Haßprediger“, „Rassist“ oder ähnliches öffentlich gebrandmarkt.

Zu den Grundsätzen der

INITIATIVE HEIMAT & UMWELT gehört seit deren Gründung im Jahre 1988 auch folgendes Bekenntnis:

„Für das Leben in seiner Gesamtheit: Nein zum Artensterben in der Natur, Nein zu den sinnlosen und grausamen Tierversuchen für die Pharma-Industrie, Nein zur Tötung von Kindern im Mutterleib!“

Wann bekommt der Westen seine „Perestroika“?

Liebe Freunde! Vorab möchte ich mich für die stete Zusendung der „Wegwarten“ bedanken. Hier in Dresden blühen diese himmelblauen Hoffnungsblumen heuer schon Mitte Juni. Zwischen Pflastersteinen am Fußweg hochaufragend, aber kaum beachtet. So fallen sie nicht dem Ordnungswahn zum Opfer, können mit ihren langen Pfahlwurzeln tief in den Mutterboden eindringen und manch Insekt Nektar zum Überleben bieten. Ich bin auch so ein Insekt, das sich daran labt! Und das möchte Euch mit einer kleinen Spende danken, hat es die „Wegwarte“ auch an andere weitergetragen.

Ich wünsche Eurer Unterschriftenaktion den verdienten Erfolg. Leider geht es hier den meisten noch zu gut und/oder sie sind zu bequem, etwas Ähnliches auf die Beine zu stellen. Mich persönlich erinnert die heutige EU an

das sozialistische Wirtschaftssystem der DDR. Da wurde das Optimum verkannt, das Gigantomane angestrebt und Zentralisation praktiziert, unter der Faul und Fleißig, Begabt oder nicht nivelliert wurden. Eigentlich müßte die Ostdeutsche Merkel das auch noch wissen, doch als Bundeskanzlerin verhält sie sich jetzt wie ein kommunistischer Parteisekretär. Seit ein paar Jahren frage ich mich, wann endlich der Westen seine „Perestroika“ bekommt. Die „Vorbote“ wie Ihr sind da. HALTET DURCH, auch wenn es Niederlagen und Rückschläge geben sollte!

Ein Leser aus Dresden, der das System der DDR selbst erlebt hat, am 19.6.2011. Name und Adresse der Redaktion bekannt.

Kommentar zum „Bildungs -Volksbegehren“

Dieses vom langjährigen SPÖ-Parteifunktionär Dr. Hannes Androsch initiierte Volksbegehren wird Anfang November stattfinden. Es hat in erster Linie zum Ziel, die Erziehung der Kinder weitgehend den Eltern zu entziehen und „flächendeckend“ **Ganztagschulen** und **Ganztags-Kinderergärten** einzurichten. Die Kinder hätten dadurch vom Kleinkindalter an kaum mehr eine Möglichkeit, FAMILIENLEBEN und häusliche Geborgenheit zu erfahren. Sie hätten damit fast „von Anfang an“ den (Konkurrenz-) Druck, den das Aufwachsen in einer größeren Gruppe außerhalb des Zuhauses bedeutet.

Es ist kein Zufall, daß dieses Volksbegehren von einem Großindustriellen initiiert wurde. Die Erfüllung der darin enthaltenen Forderungen, die ohnehin von den an den Schalthebeln Sitzenden ebenso betrieben werden, würde einen weiteren gewaltigen Schritt weg von der Familienmutter, die noch Zeit für ihre Kinder hat, hin zur Vollarbeitskraft für die „Wirtschaft“ bedeuten.

Es ist heute angesichts der enorm gestiegenen Lebenshaltungs-(Fix-) Kosten für viele Familien schon schwer, mit dem Einkommen des Mannes durchzukommen. Und das trotz enorm gesteigerter Produktivität (Mechanisierung/Automatisierung) und damit Gewinne für die Konzerninhaber und die Vorstandsetagen,

die meist gewinnbeteiligt sind. Der „Erfolg“ dieser Art des Wirtschaftens und der **ungerechten Beteiligung am Ertrag** besteht nicht zuletzt darin, daß heute meist zwei Personen (Mann und Frau) auswärts arbeiten gehen müssen, um sich in etwa das gleiche leisten zu können wie früher eine Familie mit einem Alleinverdiener. Diese Entwicklung würde durch die Forderungen des Bildungs-Volksbegehrens noch massiv verstärkt werden.

Außerdem wären damit **riesige Kosten** verbunden. Die geforderten **„Ganztags-Krabbelstuben**, **-Kindergruppen**, **-Kindergärten** und **-Schulen** müßten zum Großteil erst gebaut bzw. umgebaut werden. Die dann dafür notwendigen Räume für die Einnahme des Mittagessens sowie für Freizeiteinrichtungen müßten erst geschaffen werden („bundesweit flächendeckend“). Die zusätzlichen Betriebskosten wie Heizung, Beleuchtung, Reinigung, und vor allem die massiv steigenden Personalkosten für den Ganztagsbetrieb müßten von der „Allgemeinheit“ getragen werden. Den Menschen würde also noch weniger von ihrem Einkommen zur eigenen Verfügung bleiben!

Der **Text** des „Bildungsvolksbegehrens“ und die siebenseitige **Begründung** dafür muß in allen Gemeindeämtern, Magistraten und sonstigen Eintragungslökalen aufliegen; Interessierte können dort eine Kopie anfordern.

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninse-
rate!

Aus den Wirtschaftsdaten der EU-FREIEN SCHWEIZ:

STAATSSCHULDENQUOTE (Schuldenstand des Gesamtstaates in % des BIP)*

	BRD	Schweiz
2002	60,3	57,2
2003	63,8	57,0
2004	65,6	57,9
2005	68,0	56,5
2006	67,6	50,6
2007	65,0	48,1
2008	65,9	45,6
2009*	73,1	46,4
2010*	76,7	47,8
2011*	79,7	-

* Prognosen

Quelle: EU-Kommission, EUROTSTAT, OECD

*BIP = Bruttoinlandsprodukt

EINKOMMEN

„Die Schweiz hat das höchste Gehaltsniveau in Europa. Das mittlere Bruttojahreseinkommen beträgt 42.000 Euro. (...) Im Schnitt liegt das Gehalt 20 Prozent über dem, was in Deutschland üblich ist. Das Land ist ein Steuerparadies, vom Gehalt bleibt viel übrig: Bei einem kinderlosen Single mit Durchschnittsgehalt werden 29,5 Prozent Steuern und Abgaben abgezogen, bei einer Einverdienerin mit zwei Kindern 18,6 Prozent.“ (www.karriere.de)

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
24. August 2011

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

WEGWARTE 21. Jahrgang, Folge 4, August 2011

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer